

Welche Positionen gibt es in Attac D zur Sicherung des Sozialen?

Praktisch alle attac-AGen haben ausdrückliche Positionen in Bezug auf soziale Fragen. Lediglich bei den AGen Gender, Feministattac und Globalisierung und Ökologie habe ich auf den Webseiten keine expliziten Formulierungen dazu gefunden. Mir scheint es aber nicht schwierig, da jeweils Argumentationen zu entwickeln. Dass Frauen als die ohnehin schlechter Bezahlten, in den Betriebshierarchien durchschnittlich weniger hoch Platzierten, meist für die Reproduktion Zuständigen besonders unter der Krise zu leiden haben werden, leuchtet unmittelbar ein. Die Diskussion um den innerkapitalistischen Wachstumszwang ist eines der zentralen Themen zur Lehre aus der Krise schlechthin. In beiden Fällen würde es also nur darum gehen, diese Positionen auszuformulieren. Vielleicht ist das auch schon geschehen und ich habe auf den Webseiten nicht intensiv genug gesucht.

AG ArbeitFairTeilen:

„Wir müssen nicht ohnmächtig hinnehmen, dass unsere Arbeitseinkommen in den letzten sieben Jahren durchschnittlich um 4 Prozent gefallen sind, während die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen real um 42 Prozent gestiegen sind. Die Solidarisierung aller Beschäftigten und Arbeitslosen zur Senkung der tariflichen Arbeitszeit ist die Voraussetzung für höhere Löhne, Sozialleistungen und für Vollbeschäftigung.“

EU AG:

Die AG hat gegenwärtig keine Webseite. Aber die Argumentation gegen die EU-Verfassung bzw. den Lissabon-Vertrag greift gerade die Festschreibung der neoliberalen Wirtschaftsordnung in diesen Dokumenten an und die damit verbundene Umverteilung von unten nach oben.

AG Finanzmarkt und Steuern:

Die AG hat natürlich die Regulierungsforderungen zentral, aber das mit der AG entwickelte Konzept der solidarischen Einfachsteuer verfolgt auch ausdrücklich das Ziel der Sicherung staatlicher Handlungsfähigkeit im Sozialen. Das wäre eine realpolitische Forderung, die dennoch sehr tief in den bisherigen Politikbetrieb eingreifen würde.

AG Genug für alle:

Ein bedingungsloses Grundeinkommen als globales soziales Recht würde genau den Umverteilungsprozess von oben nach unten und von Nord nach Süd in Gang setzen, der Voraussetzung zur Verminderung der riesigen Summen ist, die auf den Finanzmärkten profitable Anlage suchen. Es wandelt damit seinen Charakter als Richtungsforderung hin zu einer tagespolitischen Antwort auf die kapitalistische Krise. Es wäre das umfassend denkbarste Konjunkturprogramm.

AG Globalisierung und Krieg:

„Gegen die einseitigen, auf wirtschaftliche Effizienz und Wachstum ausgerichteten Zumutungen des globalisierten Kapitalismus fordern wir die Unterordnung der Wirtschaft unter soziale Belange und die Beendigung des allein am Profit orientierten Verbrauchs an Ressourcen sowie des gnadenlosen Kampfes bei der Beschaffung von Rohstoffen. Gegen Ressourcenverschwendung Orientierung auf nachhaltige Entwicklungen.“ Da kapitalistische Krisenlösungsstrategien Krieg immer als eine Möglichkeit enthalten, entsteht hier eine neue Brisanz.

AG Lateinamerika:

Die AG bezieht sich positiv auf alle Entwicklungen in LA, die nicht nur den Neoliberalismus, sondern den Kapitalismus insgesamt in Frage stellen. Zwar finden sich keine ausdrücklichen Nord-Süd-Umverteilungsforderungen, aber die Perspektive auf soziale Gerechtigkeit, solidarische Ökonomie und demokratische Entscheidungsprozesse wird ausdrücklich angesprochen.

AG Migration und Globalisierung:

Die AG hat keine Webseite, aber MigrantInnen als die oft schwächsten Glieder in der internationalen Ausbeutungskette sind ein frühes Opfer der Krise. Soweit sie ihre – ohnehin mies bezahlten und prekären – Jobs in den Zentren verlieren, werden auch ihre Ursprungsgesellschaften massiv betroffen sein, für die ihre Rücküberweisung oft wesentliche Einnahmequellen darstellen. Allein Mexiko rechnet im kommenden Jahr mit 3 Mio. RückkehrerInnen aus den USA.

AG Soziale Sicherungssysteme:

„Unsere AG wendet sich gegen die Verwandlung von Sozialer Daseinsvorsorge in Ware und ihre Überantwortung an die Finanzmärkte. Wir kämpfen also gegen Privatisierungen in der Renten- und Krankenversicherung und fordern die Einführung einer Solidarischen Bürgerversicherung in die ALLE Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen unter Wegfall der Beitragsbemessungsgrenzen. Die Arbeitgeber sollen sich wieder paritätisch (hälftig) beteiligen.“ Die BV wäre damit wie die solidarische Einfachsteuer eine realpolitische Alternative, so sofort eingeführt werden könnte und sich für eine aktuelle Kampagne eignete.

AG Solidarische Ökonomie:

Keine Webseite, aber hier stellt sich allein schon darüber ein Zusammenhang her, dass in der solidarischen Ökonomie Erfahrungen mit der eigenen Wirtschaftstätigkeit gemacht werden, die für Alternativen zum kapitalistischen Markt durchaus bedeutsam sein können.

AG Welthandel und WTO:

Die AG spricht von „einer neuen ökologischen und solidarischen Weltwirtschaftsordnung“, benennt aber ansonsten keine sozialen Fragen in ihrem Zusammenhang